



Hermann Winkler Dr. Peter Jahr

Mitglieder des Europäischen Parlaments

EUROPABRIEF



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 6 – Juli 2012

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen und Leser,

die Fußball-Europameisterschaft ist mit einem Rekordsieg zu Ende gegangen, leider für Spanien statt Deutschland. Der Deutsche Bundestag befindet sich bereits in der Sommerpause und das Europäische Parlament steht kurz davor.

Eigentlich sollte jetzt die Zeit folgen, in der sich alle von den Anstrengungen erholen, denn die letzten Wochen und Monate waren aufreibend und arbeitsreich. Aufgrund der bestehenden Sorgen rund um unsere gemeinsame Währung und die Europäische Union werden jedoch alle Beteiligten auch in den kommenden Wochen daran arbeiten, Europa gestärkt aus der Krise herauszuführen. So ist beispielsweise das Bundesverfassungsgericht mit den Eilanträgen gegen die Beschlüsse des Bundestags zum dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM und dem Stabilitätspakt beschäftigt.

Unser aller Ziel ist es, die Währung zu retten und Europa zu sichern. Nur über das "wie" scheiden sich die Geister. Darüber werden wir auch weiterhin mit Ihnen im Dialog bleiben!

Wir Abgeordnete des Europäischen Parlaments werden die Sommerpause nutzen, um mit Ihnen, den Bürgern zu Hause vor Ort, vermehrt ins Gespräch zu kommen und im Kreise der Familie einige Tage Sommer in Sachsen genießen zu können, bevor wir uns im September mit einem neuen Europabrief zurückmelden.

Wir wünschen Ihnen an dieser Stelle einen erholsamen Sommerurlaub und sonnige Urlaubstage in unserem Sachsen.

Es grüßen Sie herzlich aus Brüssel

Hermann Winkler 



SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

ACTA scheidet im EU-Parlament

Projektbonds sind keine Eurobonds!

Elektronischer Lebensretter eCall ab 2015

Eine Tierschutzstrategie für Europa

Aufgeschnappt...

2 Standpunkt

Energiewende europäisch denken

3 Sachsen & Europa

Sächsische Terminvorschau

Impressum

Hermann Winkler MdEP und Dr. Peter Jahr MdEP
Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel
Telefon: +32 228 37306 und +32 228 47195
E-Mail: hermann.winkler@europarl.europa.eu und peter.jahr@europarl.europa.eu
Bildnachweis: PHOTO © European Union

ACTA scheitert im EU-Parlament

Die ACTA-Gegner im Europäischen Parlament haben sich durchgesetzt: Mit großer Mehrheit ist das umstrittene Anti-Piraterie-Abkommen abgelehnt worden und damit endgültig vom Tisch. Ziel des Anti-Counterfeiting Trade Agreement war es, europäische Standards zum Schutz der Hersteller vor Produktpiraterie und Markenfälschungen weltweit durchzusetzen. Außerdem sollten die Rechte an geistigem Eigentum auf internationalem Level effektiver gestaltet werden. In mehreren Mitgliedstaaten hatte das Handelsabkommen massive Proteste von Datenschützern und Internetaktivisten hervorgerufen. Befürworter dagegen sehen in der Ablehnung ein fatales Signal für den Schutz des geistigen Eigentums und für den Innovationsstandort Europa. Durch gefälschte Produkte wie Sportbekleidung, Elektronik und Technik entstehen auf europäischen Märkten Schäden in Milliardenhöhe. Neben zehntausenden Arbeitsplätzen, die durch die Markenpiraterie in Europa bereits verloren gegangen sind, gefährden die minderwertigen, teilweise gesundheits- oder lebensgefährlichen Produkte auch die Sicherheit der Verbraucher.

Projektbonds sind keine Eurobonds!

Eurobonds sind in aller Munde. Zum Glück haben wir uns in der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel klar dagegen ausgesprochen: Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Schulden! Das wäre der falsche Weg und kein Ansatz zum Sparen. Anders verhält es sich dagegen mit den sogenannten Projektbonds. Diese stellen eine sinnvolle Alternative zur herkömmlichen Finanzierung von größeren Infrastrukturprojekten in Europa dar. Mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) soll es gelingen, privates Kapital zu mobilisieren, um zum Beispiel auch grenzüberschreitende Trassen im Schienen- und Straßenverkehr zu finanzieren. Für Sachsen verbindet sich damit die Chance, verstärkt europäisches Privatkapital zur Verwirklichung wichtiger Infrastrukturprojekte ins Land zu holen. Insbesondere der Ausbau der grenzübergreifenden Infrastrukturen nach Tschechien und Polen könnte damit erheblich beschleunigt werden, ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten. Gerade mit Blick auf auslaufende Solidarpaktmittel weist die EU-Kommission damit einen Weg zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten, welcher für den Freistaat künftig an Bedeutung gewinnen dürfte.

Elektronischer Lebensretter eCall ab 2015 in allen neuen Fahrzeugmodellen

Das Europäische Parlament sprach sich diese Woche für die verbindliche Einführung des elektronischen Notrufsystems eCall in allen neuen Fahrzeugmodellen ab 2015 aus. Das satellitenbasierte elektronische Notrufsystem, das bei einem schweren Unfall automatisch ein Signal an die nächste Notrufleitstelle sendet, übermittelt Daten wie den exakten Standort, die Fahrzeugkennung und den Zeitpunkt des Unfalls. Neben der automatischen Sendung des Signals kann eCall auch manuell, zum Beispiel im Falle eines Herzinfarkts, am Steuer ausgelöst werden. Die EU erhofft sich durch das System eine Reduzierung schwerer Unfallfolgen von 10 bis 15 Prozent. Der öffentliche, kostenlose eCall basiert auf der europaweit gültigen Notrufnummer 112.

Eine Tierschutzstrategie für Europa

Das Europäische Parlament hat mit der „Strategie der Europäischen Union für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren 2012 bis 2015“ gefordert, dass Waren aus Staaten außerhalb der Europäischen Union den strengen EU-Tierschutzstandards genügen müssen. Produkte können nicht nach Europa eingeführt werden, wenn die Gefahr besteht, dass Europas Tierschutzstandards unterlaufen werden. Das Parlament fordert von der EU-Kommission neben den entsprechenden Schutzklauseln auch einen erhöhten Druck auf EU-Staaten, die bestehende EU-Regeln noch nicht umgesetzt haben. Beispielhaft hierfür ist die fehlende Umsetzung der EU-Vorgaben zum Schutz von Legehennen.

Dein erster EURES-Arbeitsplatz ist eine Initiative zur Unterstützung junger Europäer bei der EU-weiten Arbeitssuche. Die Europäische Kommission will es EU-Bürgern zwischen 18 und 30 Jahren einfacher machen, einen Arbeitsplatz in einem anderen Mitgliedstaat zu finden. Das Programm wird von den Arbeitsagenturen in Deutschland, Spanien, Dänemark und Italien angeboten und vermittelt Informationen, wie sich ein Job im Ausland finden lässt und welche Fördermöglichkeiten es bei der Suche gibt. Außerdem sollen Arbeitgeber dabei unterstützt werden, Arbeitnehmer in den 27 Mitgliedstaaten der EU zu finden.

Weitere Informationen: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=993&langId=de>

AUFGESCHNAPPT...

„Geht es dem Bauern gut - freut sich die Kuh!“

Mit der neuen EU-Tierschutzstrategie fordert das Europäische Parlament einheitliche Tierschutzregeln innerhalb der EU. Dazu gab es jetzt einen Änderungsantrag in dem die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden: „...in Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu investieren, die das Wohlbefinden der Produzenten fördern, sowie Urlaubsvertretung und Gesundheitsfürsorge für die Produzenten regeln.“ Eben ganz nach dem Motto: „Geht es dem Bauern gut - freut sich die Kuh!“ Der Antrag wurde von einer finnischen Abgeordneten der Liberalen gestellt, aber in dieser Woche vom Parlament abgelehnt.



Energiewende europäisch denken

In den kommenden Jahren soll sich der Energiemix in Deutschland grundlegend verändern. Die so genannte Energiewende – weg von fossiler und nuklearer Energie, hin zu Erneuerbaren – ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Allerdings hat diese von Angst getriebene Reaktion auf die tragischen Ereignisse in Fukushima für Deutschland gravierende Folgen. Neben den einschneidenden wirtschaftlichen Auswirkungen, die vor uns liegen, haben wir uns mit dem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft auch von einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik verabschiedet.

Nunmehr kursiert ein neues Wort in Deutschland: Energiearmut. Der Strom aus den noch laufenden acht Atomkraftwerken - es handelt sich um 14 bis 15 Prozent der Gesamtproduktion - muss binnen neun Jahren vollständig durch Investitionen in andere Energieformen ersetzt werden. Die dafür anfallenden Kosten wirken sich bereits jetzt auf die Strompreise aus. Allein für die Förderung erneuerbarer Energien zahlt der Stromkunde zusätzlich 3,59 Cent je Kilowattstunde. Nächstes Jahr droht der Satz auf fünf Cent, übernächstes Jahr sogar auf sechs Cent zu steigen. Das kostspielige Vorhaben bedeutet eine deutliche Mehrbelastung. Verbraucherverbände schlagen Alarm: Waren Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Energiekosten früher ein Randphänomen, ist es mittlerweile für viele Kunden ein Alltagsproblem geworden. Laut einer aktuellen Erhebung der Verbraucherzentrale Sachsen schätzen alle befragten Energieversorger im Freistaat Energiearmut als wachsendes Problem ein. In Zahlen heißt das: Wurden im Jahr 2012 noch rund 18.400 Stromsperrungen durchgeführt, waren es 2011 schon mehr als 21.600. Das entspricht immerhin einer Steigerung von 17 Prozent. Doch die hohen Strompreise machen nicht nur den privaten Verbrauchern Sorgen. In vielen Branchen übersteigen die Energiekosten mittlerweile die Personalkosten. Energiekommissar Günther Oettinger warnte deshalb bereits vor einer Deindustrialisierung Deutschlands. Die Abwanderung deutscher Unternehmen ins Ausland hat begonnen: Mittelfristig wird die Edelstahlproduktion aus Deutschland verschwinden.

Deutschland befindet sich auf einem gefährlichen Sonderweg. Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat sich durch die Vorfälle in Japan in den meisten europäischen Ländern kein fundamentaler Wandel vollzogen. Tschechien, Großbritannien, Belgien und auch Frankreich werden sich auf absehbare Zeit nicht von der Kernenergie verabschieden, unmittelbare Nachbarstaaten wie Polen und Tschechien planen den Einstieg oder wollen zusätzliche Kraftwerke bauen. In dieser Runde miment Deutschland die Insel der Gerechten und stellt seine Nachbarn damit auch vor große Probleme. Nicht zuletzt durch seine zentrale Lage in der EU ist die Bundesrepublik der wichtigste Knotenpunkt für die europäischen Energienetze. Wird dieser Knoten nun aufgrund politischer Entscheidungen instabil, weil er seinen eigenen Energiebedarf nicht mehr zu jeder Zeit sicher decken kann, droht das ganze Netz zu zerreißen.

Dennoch spielt sich die energiepolitische Debatte in unserem Land bislang vornehmlich im nationalen Rahmen ab. Dabei vernachlässigt sie die politische und wirtschaftliche Rückkopplung innerhalb der Europäischen Union. Solch eine verengte Sichtweise gefährdet die Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Soll sie gelingen, muss sie sowohl von soliden Übergangslösungen getragen werden als auch in eine europäische Strategie eingebettet sein. Zu den Übergangslösungen gehört zweifellos die Besinnung auf heimische Energieträger und erprobte Technologien. Allein der Freistaat Sachsen sitzt förmlich auf Braunkohlereserven, mit denen mittelfristig ein maßgeblicher Teil des Energiebedarfs in Deutschland gedeckt werden kann. An dieser Stelle gilt es, durch berechenbare politische Rahmenbedingungen, für die Betreiber Anreize für Investitionen in eine saubere Verbrennung und innovative stoffliche Nutzungsformen zu setzen. Darüber hinaus müssen auch andere Brückentechnologien konsequent weiterentwickelt werden. Die Entscheidung Deutschlands gegen die Kernenergie könnte sich hier als fataler Fehler entpuppen. Denn statt unsere großen wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Potentiale für die Entwicklung sicherer und sauberer Atomreaktoren zu nutzen, werden wir mittelfristig auf Stromimporte aus Kernkraftwerken anderer Länder angewiesen sein, die sich unserer Kontrolle entziehen.

Auf europäischer Ebene wird es darauf ankommen, die Netze weiter auszubauen, um somit auch die zweifellos vorhandenen Potentiale erneuerbarer Energien nutzen zu können. Strom aus skandinavischer Wasserkraft muss ebenso in ganz Europa verteilt werden können, wie Solarenergie aus Spanien und Windstrom von der Ostsee. Zudem müssen Speichertechnologien wie etwa Methanisierung weiterentwickelt und entsprechende Kapazitäten im europäischen Verbund aufgebaut werden. Dazu sind gewaltige Investitionen von Nöten, die innerhalb der EU gerecht verteilt werden müssen. Wenn wir die Energiewende auf eine deutsche Angelegenheit reduzieren, wird dieses Mammutprojekt scheitern. Europa muss nicht alles regeln, was in Europa passiert— aber Energiepolitik ist Europapolitik!



„Wenn wir die Energiewende auf eine deutsche Angelegenheit reduzieren, wird dieses Mammutprojekt scheitern. Europa muss nicht alles regeln, was in Europa passiert— aber Energiepolitik ist Europapolitik!“

Hermann Winkler

Europafest in Leisnig

Auch in diesem Jahr hat der Europaabgeordnete Dr. Peter Jahr zum alljährlichen Europa-Sommerfest eingeladen. Die rund 100 Besucher, darunter auch die Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann und Marco Wanderwitz, trafen sich am 2. Juni 2012 im Schützenhaus in Leisnig. In ungezwungener Atmosphäre stand vor allem der Gedankenaustausch über Themen der Europa- bis hin zur Landes- und Kommunalpolitik im Vordergrund. Aber auch der Infostand, das Europa-Glücksrad sowie die traditionelle Tombola zogen die Besucher an. Zu gewinnen gab es unter anderem Reisen zum Deutschen Bundestag nach Berlin, welche von Veronika Bellmann und Marco Wanderwitz gestellt wurden, und eine Reise zum Europäischen Parlament nach Straßburg. Gewinner der Reise nach Straßburg ist Herr Zimmermann aus Leisnig. Die Erlöse aus allen Gewinnspielen werden an einen gemeinnützigen Verein bzw. eine Kindereinrichtung gespendet. Wohin genau das Geld fließt, entscheidet der CDU-Stadtverband Leisniger-Land. Für die kleinen EU-Bürger wurde das Fest durch Kinderschminken sowie zahlreiche Mal- und Bastelbücher zum Höhepunkt. Insgesamt war das Europa-Sommerfest in Leisnig "eine gelungene Veranstaltung mit angenehmen Gesprächen und zahlreichen Gästen", so das Fazit von Dr. Peter Jahr.



EUROPEADA 2012 - Europa in der Lausitz zu Gast

Am 16.06.2012 wurde in Crostwitz in der Lausitz die EUROPEADA 2012 eröffnet. Bei dieser Fußball-Europameisterschaft treten die Mannschaften von sprachlichen (autochthonen) Minderheiten aus ganz Europa gegeneinander an. Teilnehmer aller 19 Nationen waren unter anderem die deutsche Minderheit aus Polen, die Kärntner Slowenen, Russlanddeutsche, Nordfriesen und die dänische Minderheit aus Deutschland. Die deutschsprachige Volksgruppe aus Südtirol konnte als Europameister den Pokal nach Hause tragen. Zu den Gratulanten zählten neben dem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und dem Europaabgeordneten Hermann Winkler auch der Südtiroler Europaabgeordnete Herbert Dorfmann (links im Bild). Gastgeber des von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) ausgerichteten Turniers waren in diesem Jahr die Sorben, welche dabei ihr reiches und vielfältiges kulturelles Erbe präsentieren konnten. Über 1.700 Zuschauer erlebten das Fest der Kulturen und des Sports mit, das damit Menschen aus ganz Europa in Sachsen zusammenführt.



Gesundheitswesen: Smartphone-App für stressfreies Reisen diesen Sommer

Pünktlich zur Sommerpause gibt es von der EU eine Anwendung für Smartphones zur Verwendung der Europäischen Krankenversicherungskarte. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gesundheitssystemen können dazu führen, dass es schwierig ist herauszufinden, wie man die Karte in den verschiedenen Ländern verwendet und welche Regeln dort jeweils gelten. Die Anwendung (App) erhält allgemeine Informationen über die Karte, Notruf-Telefonnummern, eine Liste der Behandlungen und Kosten, die abgedeckt sind, sowie darüber, wie man die Kostenerstattung beantragt und wen man bei Verlust der Karte kontaktieren kann. Die App ist in 24 Sprachen erhältlich.

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen auf der Website oder auf Anfrage.

- 13.07.2012** Gespräch mit Dr. Peter Jahr mit dem Verband der Spediteure und Fuhrunternehmer
- 17.07.2012** Teilnahme von Dr. Peter Jahr an der Sitzung des Arbeitskreises "Ländlicher Raum. Umwelt und Landwirtschaft" im Sächsischen Landtag
- 18.07.2012** Gespräch Hermann Winkler mit dem Arbeitskreis „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ im Sächsischen Landtag
- 18.07.2012** Teilnahme von Dr. Peter Jahr bei der Promistaffel beim Sportfest in Rochlitz
- 20.07.2012** Gespräch mit Dr. Peter Jahr zur GAP im Naturpark Dübener Heide
- 20.07.2012** Regionalbereisung des Sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, MdL mit Begleitung von Hermann Winkler in Leipzig
- 20.07.2012** Sommerfest der Sächsischen Union mit Dr. Peter Jahr und Hermann Winkler im Klosterpark Altzella
- 15.08.2012** Gespräch Hermann Winkler mit dem Sächsischen Landesbauernverband in Grimma
- 15.08.2012** Eröffnungsveranstaltung der Senioren-Leichtathletik-EM (EVACS 2012) mit Hermann Winkler in Zittau